



Kurzinformationen zu den Gesetzen und Aktionsprogrammen in der Auswahlrunde

Bhutan: Die Verfassung des Königreichs Bhutan, speziell Artikel 5 (Umwelt) (2008) und waldbezogene Regulationen

Artikel 5 der Bhutanesischen Verfassung besagt: „Jeder Bhutaner ist ein Treuhänder der natürlichen Ressourcen und der Umwelt des Königreiches Bhutan zum Wohl der jetzigen und zukünftigen Generationen.“ Bhutan hat eine Verfassungsbestimmung verabschiedet, die fordert, dass mindestens sechzig Prozent des Landes für alle Zeiten mit Wald bedeckt bleiben soll und dass eine ökologisch ausgeglichene nachhaltige Entwicklung sichergestellt werden soll. Entsprechend dem nationalen Ziel, in Harmonie mit der Natur zu leben, hat Bhutan von allen asiatischen Nationen den höchsten Anteil an Waldbedeckung (69%) und an Naturschutzgebieten und biologische Korridore (51,44%), wobei es den Einheimischen erlaubt ist, in diesen Gebieten zu leben. Bhutan hat große Weitsicht bewiesen, indem es Bestimmungen über Wälder in seine Verfassung aufgenommen hat.

Gambia: Gemeinde-Wald-Politik, 1995 initiiert

Das Gambische Modell der Gemeinde-Waldbewirtschaftung ist ein innovativer Erfolg. Es hat die Ziele, den Wald nachhaltig zu nutzen und Armut zu vermindern, indem die Gemeinden die Entscheidungsbefugnis über die von ihnen genutzten Wälder erhalten. Obwohl Gambia eines der weltweit ärmsten Länder mit einer rasant wachsenden Bevölkerung ist, hat das Land es über die letzten Jahrzehnte geschafft, dem starken Entwaldungstrend in West- und Zentralafrika entgegenzuwirken – mit einem Zuwachs der Waldfläche von 8,5 %. Durch ihre stufenweise Einführung hat die Politik zu einer weit reichenden Veränderung der Waldbesitzverhältnisse vom Staat zu den Gemeinden (zurzeit 12% der Waldfläche) geführt. Die Politik hat ebenfalls einen Rückgang der illegalen Abholzung und der Häufigkeit von Waldbränden in Gemeindewäldern bewirkt sowie die Entwicklung neuer Märkte für Astholz und andere Waldprodukte vorangetrieben, von denen Frauen und die ländliche Bevölkerung wirtschaftlich profitieren.

USA: Das Lacey-Gesetz mit seiner Ergänzung von 2008

Illegale Abholzung und internationaler Handel mit illegalem Holz wurden als bedeutendes globales Problem anerkannt, welches Umweltschäden verursacht, Herstellerländer Milliarden Dollar Gewinn kostet, Korruption verbreitet, das Rechtsstaatsprinzip und gute Regierungsführung unterwandert und bewaffneten Konflikt finanziert. Die Vereinigten Staaten haben als weltweit erstes Land ein uneingeschränktes, strafrechtlich einklagbares Verbot auf den Import illegal geschlagenen Holzes festgelegt. Dieses wird national sowie international von der Nachfrageseite in Angriff genommen, indem Importeure von Holzprodukten und Händler in der Lieferkette die gebotene Vorsicht walten lassen müssen um sicherzustellen, dass das Holz in ihrem Besitz legalen Ursprungs ist. Die Ergänzungen zum Lacey-Gesetz haben Importeure gezwungen, Verantwortung für ihre Holzprodukte zu übernehmen. Als positive Resultate sind bereits eine Zunahme der Sorgfaltspflichtgutachten und der Nachfrage nach zertifizierten Holzprodukten zu verzeichnen. Das Gesetz hat ebenfalls das Potential, signifikant die illegale Abholzung zu reduzieren, indem illegalen Holzfällern der Profit, den sie auf dem internationalen Markt erzielen, entzogen wird.

Nepal: Gemeinde-Wald-Programm, 1993 initiiert

Nepals Gemeinde-Wald-Programm hat sich zu einer Strategie für nachhaltige Waldnutzung entwickelt. Die lokalen Gemeinden werden dazu ermächtigt, Wälder für ihre Lebensgrundlage zu bewirtschaften, wodurch sich der Waldzustand verbessert. Obwohl die Wälder weiterhin im Besitz der Regierung bleiben, werden Entscheidungen über Einkommen erzeugende Aktivitäten, über Methoden zum Wildschutz und über Regeln der Waldnutzung von Gemeindewald-Nutzergruppen getroffen. Dies sind autonome, selbstverwaltete, lokale Institutionen, die aus Dorfbewohnern bestehen, die den Wald gemeinsam nutzen. Das Waldprogramm hat eine Reihe von positiven Auswirkungen gehabt: Verbesserung der Waldbedeckung und der Bedingungen in den gemeinschaftlich bewirtschafteten



Gebieten, Förderung der Basisdemokratie, Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten und Unternehmertätigkeiten der vom Wald abhängigen Menschen und Förderung vielversprechender Beispiele zum Schutz der Biodiversität. Bis 2009 haben 1,6 Millionen Haushalte bzw. 32% der Bevölkerung am Gemeinde-Wald-Programm teilgenommen, das für die Bewirtschaftung von mehr als 25% der Waldfläche des Landes verantwortlich ist und signifikante Einkommensquellen für ländliche Gemeinden geschaffen hat.

Ruanda: Nationales Waldprogramm, 2004 initiiert, und Gesetz Nr. 57/2008 in Bezug auf das Verbot der Herstellung, des Importes, Gebrauches und Verkaufes von Plastiktüten in Ruanda

Ruandas Umwelt hat 1994 nach dem Genozid und dem Zusammenbruch von Recht und Ordnung unter einer in die Höhe schnellenden Nachfrage nach Holz für den Wiederaufbau des Landes gelitten. Doch trotz des bestehenden Bevölkerungsdrucks und der Landknappheit hat Ruanda es als eines von nur drei Ländern in Zentral- und Westafrika geschafft, den Rückgang der Waldfläche zu stoppen und den Trend umzukehren. Ein neues nationales Waldprogramm mit dem Ziel, Wald zu einer Grundlage der Wirtschaft und des nationalen ökologischen Gleichgewichts zu machen, wurde 2004 implementiert. Mit dem Gesetz Nr. 57/2008 wurde ein Verbot von Plastiktüten eingeführt. Es wurden sowohl massive Wiederbewaldungs- und Pflanzaktionen durchgeführt, die einheimische Arten förderten und die lokale Bevölkerung miteinbezogen, als auch neue Maßnahmen wie Agrarforstwirtschaft und Training für Waldbewirtschaftung umgesetzt, die in eine Vielzahl von ökologischen, sozialen und ökonomischen Vorteilen resultierten. Folglich ist Ruanda auf dem Weg, sein Ziel zu erreichen, die Waldfläche bis 2020 auf 30% seiner gesamten Landfläche zu erhöhen.

Schweiz: Bundesgesetz über den Wald (1991) & Nationales Waldprogramm Schweiz 2004-2015

Ziel der Schweizer Waldbestimmungen ist es, die Multifunktionalität aller Arten von Wäldern in den Vordergrund zu stellen, nachhaltige Waldbewirtschaftung zu garantieren und durch den Waldschutz sicherzustellen, dass Wälder auch in Zukunft der Gesellschaft zu Gute kommen und ihr ihre Dienste zur Verfügung stellen. Das Gesetz kombiniert eine weit reichende Reihe an politischen Maßnahmen und Verboten, darunter ein Rodungs- und Kahlschlagverbot, ein Verbot umweltschädlicher Produkte und der gentechnischen Veränderungen von Bäumen. Die Zivilgesellschaft ist auf verschiedenen Ebenen eng in die Waldplanung und Konfliktlösung eingebunden. Seit dem späten 19. Jahrhundert hat die Waldfläche um 45% zugenommen und nimmt weiterhin zu (um 5% zwischen 1985 und 2006), wobei die Gesamtwaldfläche 30 % beträgt (wovon 56 % zertifiziert ist). Es gab ebenfalls positive Auswirkungen auf grüne Jobs: 4,3% der Beschäftigten im primären Sektor arbeiten im Waldbereich. Durch das Programm bietet die Schweizer Regierung ebenfalls finanzielle Anreize zum Schutz gegen Naturrisiken und zur Förderung von Schutzwäldern und Waldbiodiversität.